

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Martina Fehlnner

Abg. Klaus Steiner

Abg. Hans Urban

Abg. Sandro Kirchner

Abg. Dr. Leopold Herz

Abg. Horst Arnold

Abg. Andreas Winhart

Abg. Christoph Skutella

Abg. Ruth Müller

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Florian von Brunn, Martina Fehlner, Margit**

**Wild u. a. (SPD)**

**zur Änderung des Bayerischen Waldgesetzes**

**Verbot der klimaschädlichen Rodung von Waldflächen (Drs. 18/4057)**

**- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. – Zur Begründung erteile ich Frau Kollegin Martina Fehlner, das Wort.

**Martina Fehlner (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir haben in weiten Teilen ein modernes und gutes Waldgesetz für Bayern, das auch die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Waldflächen sichert. Das ist durchaus positiv. Dennoch brauchen wir unserer Meinung nach angesichts des Klimawandels und seiner Folgen für den Wald in Bayern unbedingt einen Neustart in der Forstpolitik.

(Beifall bei der SPD)

Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Waldfläche weiter schrumpft. Deshalb wollen wir mit unserem Gesetzentwurf darauf hinwirken, dass mehr Aufforstungen sichergestellt werden. Das bedeutet, dass Ausgleichsflächen geschaffen werden sollen, wenn beispielsweise für Bauvorhaben, für die Landwirtschaft oder für Freizeitanlagen gerodet wird. An dieser Stelle braucht es dringend attraktive Förderungen.

Fakt ist: Unseren Wäldern wurde in der Vergangenheit nicht die Beachtung geschenkt, die wir uns gewünscht hätten, und der dringend notwendige Waldumbau wurde viel zu zögerlich vorangetrieben. Die Bayerischen Staatsforsten haben jahrelang hohe Gewinnabführungen an die Staatskasse geleistet. Laut Haushaltsplan waren dies von 2008 bis 2017 fast 580 Millionen Euro – eine stolze Summe.

Unser Antrag aus dem Jahr 2018, auf die Gewinnabführungen in Höhe von immerhin 10 Millionen Euro zu verzichten, wurde im Frühjahr bedauerlicherweise abgelehnt. Stetig verringert wurden die Neukulturflächen der Bayerischen Staatsforsten, seit dem Jahr 2008 insgesamt um 3.000 Hektar. Auch das ist der Gewinnabführung an den Finanzminister geschuldet. Mittlerweile hat die Staatsregierung wenigstens hier umgeschwenkt. Das begrüßen wir ausdrücklich und hoffen, dass dieses Umdenken auch anhält bzw. nachhaltig ist.

(Beifall bei der SPD)

Für uns gilt: Geld aus dem Wald gehört wieder in den Wald. Das müssen wir jetzt realisieren.

(Beifall bei der SPD)

Für den erforderlichen Umbau unserer Wälder brauchen wir dringend mehr Geld. Schauen wir uns die Zahlen ein bisschen genauer an. Die Waldfläche hat im Freistaat im Jahr 2018 erstmals seit 1980 abgenommen. Die aktuellen Zahlen des Forstministeriums offenbaren: Die Rodungen haben die Aufforstungen um mehr als 50 % übertroffen. Rund 138 Hektar hat Bayern an Waldflächen rechnerisch verloren. Dieser Verlust geht sowohl auf weniger Aufforstungen als auch auf eine gesteigerte Rodung zurück. Im Langzeitvergleich haben vor allem die Aufforstungen nachgelassen.

Unbestritten ist: Hitzesommer, Trockenheit, Dürre und Unwetter in immer rascherer Folge setzen dem Wald massiv zu und stellen ihn und uns vor riesige Herausforderungen. Gleichzeitig sorgen die immer länger werdenden Hitzeperioden – Temperaturen an die 40 Grad sind bei uns mittlerweile keine Seltenheit mehr – für einen massiven Anstieg von Schädlingen wie Borkenkäfer oder Eichenprozessionsspinner. Der Wald stirbt in vielen Teilen nicht nur in Bayern, sondern weltweit. Es ist schrecklich und unverantwortlich, was im Amazonasgebiet passiert.

(Beifall bei der SPD)

Ohne Übertreibung kann man sagen, dass sich der Wald derzeit in einem regelrechten Ausnahmezustand befindet. Naturschützer und Waldbesitzer sprechen daher bereits von einem Waldsterben 2.0. Die Frage lautet: Wie erhalten wir die für alle Bereiche des Lebens so wichtige Ressource Wald als einen der größten und wertvollsten CO<sub>2</sub>-Speicher für die nächsten Jahrzehnte für die künftigen Generationen? – Damit unsere Wälder auch weiterhin ihre lebenswichtige Funktion als CO<sub>2</sub>-Speicher erfüllen können, müssen wir sie klimafit machen. Was wir jetzt brauchen – es besteht sicherlich Konsens auf allen Seiten des Hauses –, ist ein kompaktes und schlüssiges Paket wirksamer Maßnahmen.

Dazu gehört auch ein konsequentes "Wald vor Wild". An dieser Stelle sind die Unteren Jagdbehörden gefordert. Es geht darum, überhöhte Wildbestände auf ein waldverträgliches Maß zu reduzieren. Noch immer sind die Verbissquoten in der Hälfte von Bayerns Wäldern viel zu hoch. Dadurch wird die so dringende wichtige Waldverjüngung erheblich behindert. Zu den wirksamen Maßnahmen gehört vorrangig auch die Pflanzung neuer, trockenheitstoleranter Baumarten wie der Winterlinde, des Speierlings, der Platane oder der Edelkastanie. Sie sind für den Umbau in klimatolerante Mischwälder zukunftsweisend. Hier stehen wir allerdings erst ganz am Anfang.

Kolleginnen und Kollegen, der Ministerpräsident hat angekündigt, 30 Millionen neue Bäume pflanzen zu lassen. Das klingt zunächst einmal ganz gut. Aber Fachleute sagen: Das ist alles andere als mutig. Das reicht nicht, das ist viel zu wenig.

(Beifall bei der SPD)

Damit können gerade einmal 5.000 Hektar neu bepflanzt werden.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Frau Kollegin, Sie müssten zum Schluss kommen.

**Martina Fehlner (SPD):** Es bleiben eine Million zusätzlicher Bäume pro Jahr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, den Wald umzubauen, ist zweifellos die Aufgabe von Generationen. Sie darf sich nicht daran orientieren, was der Markt heute will, sondern

sie muss sich an den ökologischen Anforderungen orientieren. Mit unserem Gesetzentwurf machen wir einen richtigen, aus unserer Sicht wichtigen Schritt in die richtige Richtung. Ich hoffe, Sie gehen mit.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Geschäftsordnung 32 Minuten. Für die CSU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Klaus Steiner das Wort.

**Klaus Steiner (CSU):** Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es gibt eine bekannte Redewendung, die lautet: Den Wald vor lauter Bäumen nicht sehen. Wenn man im Duden nachschlägt, was damit gemeint ist, findet man dort: Den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen, bedeute, etwas vollkommen Offensichtliches nicht zu bemerken.

Meine Damen und Herren, Sie bemerken es auch nicht. Sie sehen vor lauter Wald die Bäume nicht. Der Antrag zeigt, dass Sie etwas Offensichtliches übersehen haben. Ihr Antrag geht völlig an der Realität vorbei.

(Horst Arnold (SPD): Lesen Sie bitte Ihre Statistiken! – Volkmar Halbleib (SPD): Zahlen, Daten, Fakten!)

Er geht an der forstlichen, an der rechtlichen und an der politischen Realität vorbei. Die forstliche Realität ist, dass Bayern mit großem Abstand das Waldland Nummer eins in Deutschland ist und bleibt und sich auch weiterentwickelt. Realität ist auch, dass wir seit 1981 durchgängig einen deutlichen Zuwachs an Waldflächen haben, nämlich um 15.000 Hektar, wie in keinem anderen Bundesland, nicht nur, was die Fläche betrifft, sondern auch prozentual.

Zur Realität gehört auch, dass die 2,5 Millionen Hektar Wald in Bayern durch das Waldrecht einem allgemeinen gesetzlichen Schutz unterliegen. 64 % des Waldes ste-

hen unter einem zusätzlichen, besonderen Schutz durch das Naturschutzgesetz, das Waldgesetz und das Wasserrecht.

Meine Damen und Herren, Grundlage für diese positive Entwicklung ist die nachhaltige Forstpolitik in Bayern. Dieser bayerische Weg in der Forstpolitik, der vom vormaligen Staatsminister Brunner und auch von seinen Vorgängern vorangebracht wurde, ist die Grundlage für diese absolut positive Entwicklung, mit der wir jetzt auch diese neuen Herausforderungen bewältigen können.

Der Grundsatz "Schützen durch Nutzen" sowie der Schwerpunkt der Steigerung der Biodiversität im Staatsforst sind der zukünftige Weg. Die genannten Zahlen und Fakten, der kontinuierliche Zuwachs der Waldflächen in den letzten Jahrzehnten und die sehr geringe Abnahme 2018 zeigen, dass das bayerische Waldmanagement und die bayerische Forstpolitik nicht nur funktionieren, sondern zukunftsweisend sind.

(Beifall des Staatssekretärs Roland Weigert (FREIE WÄHLER))

Dem steht jetzt ein Rückgang von 138 Hektar gegenüber, was angesichts der 2,5 Millionen Hektar in keinem Widerspruch zur Forstpolitik steht und vor allem kein Grund für eine Gesetzesänderung ist.

(Horst Arnold (SPD): Aber vielleicht für einen Runden Tisch!)

Wie ist die Rechtslage? – Bislang sind verpflichtende Flächen, gleiche Ersatzaufforstungen durch Artikel 9 des Bayerischen Waldgesetzes nur bei sogenannten Rodungsvorhaben in Bannwäldern vorgeschrieben. Unabhängig davon ist aber – und das wird von Ihnen verkannt – die Festsetzung von Ersatzaufforstungen auch ohne ausdrückliche Regelung im Bayerischen Waldgesetz möglich und auch im Verwaltungsvollzug üblich.

Eine Gesetzesänderung ist aber auch aufgrund folgender Erwägungen nicht angezeigt: Waldbesitzer haben grundsätzlich einen in Artikel 9 des Bayerischen Waldgesetzes verankerten Anspruch auf Erteilung einer Rodungserlaubnis. Eine gesetzliche Än-

derung würde diesen Anspruch aushebeln und wäre nicht gerechtfertigt. Sie würde sich vor allen Dingen gegen die Waldbauern richten. Wir reden hier ja meistens vom Staatswald, dürfen aber die 700.000 privaten Waldbesitzer in Bayern nicht vergessen, die mehr als 54 % des Waldes bewirtschaften. Das wäre ein Schlag ins Gesicht dieser Waldbauern.

Mit der pauschalen Einführung von verpflichtenden Ersatzaufforstungen als Genehmigungsvoraussetzung würde die geltende, differenzierte gesetzliche und fachliche Genehmigungssystematik infrage gestellt. Diese zielt auf eine vom Gesetzgeber beabsichtigte Abwägung zwischen den Belangen des Waldbesitzers und dem Interesse der Allgemeinheit am Walderhalt ab.

Rodungen sind aufgrund dieser Abwägung schon jetzt mit hohen Hürden verbunden. In waldärmeren Regionen brauchen wir die Ersatzfläche meistens, damit überhaupt etwas genehmigt werden kann. Der vorgeschlagene Gesetzentwurf entspricht quasi dem praktischen Verwaltungsvollzug.

In anderen Fällen hätte der Gesetzentwurf unmittelbar weiter reichende Auswirkungen. So können etwa in waldreichen Regionen Planungsvorhaben häufig gar nicht ohne Eingriffe in Waldbestände realisiert werden. Kollegin Fehlner, da geht es nicht nur um Freizeitanlagen. Da geht es auch um Wohnungsbau. Da geht es auch um den Bau von Kindergärten.

(Martina Fehlner (SPD): Das habe ich doch gesagt! – Volkmar Halbleib (SPD):  
Zuhören!)

Wir hatten kürzlich eine Petition aus Krailling, im Stimmkreis der Kollegin Eiling-Hütig. Da ging es um die Erweiterung eines Pflegeheimes. Die Waldflächen werden also in erster Linie, auch von Kommunen, für notwendige Infrastrukturprojekte in Anspruch genommen.

Zusammenfassend ist zu sagen: Die bestehende gesetzliche Regelung des Artikels 9 des Bayerischen Waldgesetzes bietet gute und differenzierte Möglichkeiten, einer im Sinne des Gemeinwohls kritischen Waldflächenminderung entgegenzuwirken.

Gleichwohl – da stimme ich Ihnen zu – gilt es, das Rodungs- und Erstaufforstungsgeschehen in Bayern aufmerksam im Blick zu behalten. Aber ich möchte nochmals betonen: Die genannten Zahlen und Fakten zeigen sehr deutlich, dass wir in Bayern mit unserem Waldmanagement in die richtige Richtung gehen.

Zur fachlichen und politischen Realität gehört auch, dass wir in die Wälder rein müssen. Diese ständige, pauschale Unter-Schutz-Stellung, diese Diskussionen bringen uns nicht weiter. Wir müssen in die Wälder rein. Sie haben die Situation in Franken geschildert. Ich war erst am Montag in dieser Region und habe mir die Situation in den Bayerischen Staatsforsten angesehen. Die Situation ist katastrophal.

(Horst Arnold (SPD): Ist das eure Waldpolitik oder nicht? Sie ist also katastrophal?)

Wir müssen in die Wälder rein und dürfen sie nicht pauschal stilllegen. Wir müssen Holz herausholen und aufforsten. Wir müssen nachpflanzen. Wir müssen Holz als wertvollen nachwachsenden Rohstoff im Baubereich stärker nutzen. Unser Ziel ist es, CO<sub>2</sub> zu binden, nicht aber Wälder stillzulegen. Stillgelegte Wälder sind keine optimalen CO<sub>2</sub>-Speicher. Es tut mir leid, aber wenn Sie in Ihrem Entwurf sinngemäß vom Verbot der klimaschädlichen Rodung sprechen, dann zeigt das, dass Sie das Problem nicht verstanden haben. Rodung ist nicht per se klimaschädlich, sondern geht der Möglichkeit voraus, Holz als CO<sub>2</sub>-Speicher zu nutzen. Ich verweise auf die Kaskadennutzung für Möbel, Gebäude usw. Dafür müssen wir in die Wälder rein. Wir müssen sie aber auch umbauen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Genau in diese Richtung geht die Initiative des Bayerischen Ministerpräsidenten.  
Genau in diese Richtung!

(Horst Arnold (SPD): Bei den Holzpreisen? Der Holzmarkt wird sich bedanken!)

Man kann alles zerreden. Ja, die Kleingeister, die die Zeichen der Zeit nicht verstanden haben, tun das. Wir in Bayern gehen weiter voran. Wir verstärken den Waldumbau und die Wiederaufforstung. Es geht uns auch um zusätzliche Aufforstung.

Meine Damen und Herren, die Bayerischen Staatsforsten entwickeln bereits den Fahrplan für die Umsetzung des Ziels, 30 Millionen Bäume zu pflanzen. Das sind entscheidende Punkte: Wir forsten auf und binden durch die Holznutzung CO<sub>2</sub>.

Was Sie vergessen, meine Damen und Herren von der SPD: Auch die privaten Waldbesitzer, die Waldbauern, denen Sie heute diesen Gesetzentwurf entgegensetzen, leisten einen gewaltigen Beitrag zur Wiederaufforstung. Wir haben in Bayern 134 Waldbauernvereinigungen. Jede pflanzt im Schnitt 40.000 bis 50.000 Bäume im Jahr. Das sind 7 Millionen Pflanzen zusätzlich zu dem, was der Freistaat Bayern leistet. Das ist die große Chance.

Darüber hinaus nutzen wir 100 Millionen Euro aus Bundesmitteln. Vielen Dank an unsere Staatsministerin Michaela Kaniber, dass wir zusätzlich zu der Initiative, mit der, wie ich geschildert habe, bereits Minister Brunner begonnen hatte, 100 Millionen Euro einsetzen können.

Herr Kollege Arnold, andere Bundesländer – ich meine Bundesländer, in denen Sie regieren – haben den Kampf gegen den Borkenkäfer bereits aufgegeben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Oh!)

Wir geben keinen Quadratmeter preis.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD) – Horst Arnold (SPD): Bis zur letzten Patrone?)

Keinen Quadratmeter! – Denn Aufgeben hieße, wir würden in die Wälder nicht mehr hineingehen und die Bewirtschaftung aufgeben. Das darf nicht passieren. Deshalb geben wir in Bayern richtig Gas.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb investiert Bayern bereits im Haushaltsjahr 2020 über 40 Millionen Euro und damit Landesmittel in erheblicher Höhe, um die Schäden bewältigen zu können. In der Tat, das ist eine riesige Herausforderung.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege.

**Klaus Steiner (CSU):** Aber wir müssen uns dem stellen. Das tun wir auch gemäß dem Grundsatz "Schützen durch Nutzen!"

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, Sie müssten zum Ende kommen.

**Klaus Steiner (CSU):** Ich wiederhole es ausdrücklich: Die Wälder nutzen, nicht aber pauschal unter Schutz stellen!

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Wir sind auf einem guten Weg.

Ich sage abschließend: Nur bewirtschaftete Wälder sind gute CO<sub>2</sub>-Speicher. Bewirtschaften – das ist das A und O.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Klaus Steiner (CSU):** Das ist eine Diskussion seit Jahren.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Klaus Steiner (CSU):** Seit Jahren heißt es, wir sollten unter Schutz stellen.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Steiner!

**Klaus Steiner (CSU):** Wenn wir Ihnen bei der Waldbewirtschaftung gefolgt wären – –

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Steiner, Sie müssten zum Schluss kommen.

**Klaus Steiner (CSU):** Wenn wir Ihnen bei der Waldbewirtschaftung gefolgt wären, dann hätten wir heute großflächige Stilllegungen und unsere Wälder würden verfaulen.

(Horst Arnold (SPD): Es geht hier um unseren Gesetzentwurf!)

Wir lehnen deswegen den vorliegenden Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner auf der Liste ist Herr Kollege Hans Urban von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Hans Urban (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Illegaler Holzeinschlag ist inzwischen weltweit eine der größten Bedrohungen für unsere Wälder – ob in Amazonien, in den Urwäldern Indonesiens oder in den Wäldern des Fernen Ostens, in Russland. Aber auch hier in Europa, in Rumänien, werden Urwälder illegal abgeholzt. Ein beträchtlicher Teil des Holzes, das auf den weltweiten Markt kommt, ist illegal. Das heißt, Ernte, Transport oder Verkauf verstoßen gegen nationale oder internationale Gesetze. 80 % des Holzes aus diesen Ländern kommen aus illegalen Quellen. Das hat gerade in walddreichen Regionen der Erde gewaltige Auswirkungen und übt enormen Druck auf den Holzmarkt aus. Dort werden ganze Waldgebiete völlig kahlgeschlagen; mit ihnen wird die gesamte Tier- und Pflanzenwelt vernichtet.

Umwandlung und Aufbau von Plantagen müssen als Vorwände herhalten, um diese Abholzung bzw. die Kahlschläge zu begründen. Hauptverursacher dieser Abholzungen sind oft der Weltmarkt für Agrarprodukte, ganz gleich ob für Palmöl oder Soja, die Umwandlung in Rinderweiden sowie die Umwandlung von Naturwäldern in Zellstoff-

plantagen. Unter der Waldvernichtung leiden nicht nur Natur und Umwelt dort, sondern auch die lokale Bevölkerung, der ihre Lebensgrundlage und Haupteinnahmequelle entzogen wird. Die Folgen reichen bis hin zum vollständigen Verlust der Existenz.

Aber auch wir, die Bewohner Bayerns, leiden unter dem weltweiten Verschwinden der Urwälder, das heißt, die negativen Folgen der Waldvernichtung spüren auch wir. 20 % des globalen Kohlendioxidausstoßes entstehen durch das Vernichten der Wälder. Somit schadet man dem besten Klimaschützer, dem Wald, quasi durch sich selbst.

Der Anteil des illegalen Holzeinschlags am globalen Holzaufkommen wird auf 20 bis 40 % geschätzt. Der wirtschaftliche Schaden für Staat, Industrie und Waldbesitzer entspricht 15 Milliarden US-Dollar jährlich. Illegaler Holzeinschlag drückt durch Falschdeklaration und Steuerbefreiung den Holzpreis – auch bei uns in Bayern – um 7 bis 16 %. Dies führt zu unlauterem Wettbewerb, das heißt zu unfairen Bedingungen, die für unsere Waldbesitzer die Marktsituation weiter verschärfen.

Wir als Waldbesitzer bzw. Unternehmer der Forstbranche sind als nachhaltig wirtschaftende Teilnehmer unfairem Wettbewerb ausgesetzt. In Bayern erreicht der Anteil illegaler Holzprodukte 7 bis 9 %. Das, was weltweit mit den Wäldern geschieht, ist also nicht unerheblich für uns, auch nicht für die Marktsituation in Bayern.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Stöttner?

**Hans Urban (GRÜNE):** Nein, am Schluss. – Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt unterwegs sind und uns auf den richtigen Weg machen.

Richtig ist: Ein Umdenken ist zu beobachten. Gerade in einer Zeit fortschreitenden Klimawandels oder der fortschreitenden Erwärmung zeigt sich, wie bedroht unsere heimischen Waldökosysteme sind. Der Ministerpräsident hat im Sommer angekündigt, das Gemeinwohl, den Arten- und Naturschutz vor den wirtschaftlichen Profit zu stellen.

Wir sind wirklich gespannt, was auf diese Versprechung folgen wird, und werden das weitere Agieren der Staatsregierung konstruktiv begleiten.

Es gilt, einige Spätfolgen der Forstreform zu beseitigen. Allen voran brauchen wir mehr Förster in der Fläche. Wir brauchen sie zur Beratung unserer Waldbesitzer, aber auch insgesamt für die Wälder, für das Produkt Wald, das draußen entsteht.

Wir erwarten die Umsetzung der Maßnahmen, die am Runden Tisch zum Artenschutz besprochen und getroffen worden sind. Wälder mit unzureichendem naturschutzfachlichen Wert sind aus der Nutzung zu nehmen, insbesondere dann, wenn sie ein hohes Alter aufweisen. Es geht um hohe naturschutzfachliche Qualität.

Ganz ehrlich, eine Million Bäumchen jährlich mehr zu pflanzen, wird nicht ganz ausreichen, wenn man der Klimaerwärmung bzw. Klimakrise begegnen will. Im Vergleich dazu: Die Waldfläche Bayerns beträgt circa 2,6 Millionen Hektar. Das hieße, auf jeden dritten Hektar würde ein zusätzliches Bäumchen gepflanzt. So wird das nichts!

(Horst Arnold (SPD): Das ist hier eine Aussprache zu unserem Gesetzentwurf, nicht zu einer Regierungserklärung!)

Noch einmal zur Aufklärung: Naturverjüngung wäre kostenlos und würde bis zu 60.000 Bäumchen auf den Hektar schaffen – wie gesagt, kostenfrei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu wird es aber notwendig sein, auch die Jagd in den Griff zu bekommen. Knapp die Hälfte der Hegeringe sind in ordentlichen Zustand zu versetzen. Dem Wirtschaftsministerium müsste mitgeteilt werden, dass es sich nicht immer selbst zu unterbieten braucht im Kampf um das BJV-Spitzenamt, sondern sich lieber um die Hackschnitzelstrategie kümmern sollte.

Gerodet wird auch in Bayern, nicht nur am Amazonas; 138 Hektar waren es im vergangenen Jahr. Nach 30 Jahren Waldzuwachs haben wir 2018 einen Verlust verbu-

chen müssen. Im Langzeitvergleich liegen wir noch positiv; aber wir sollten diesen Rückgang als Alarmsignal werten und die negative Entwicklung ganz bestimmt nicht zum Standard erklären.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Alarmismus ist das doch!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, Sie müssten langsam zum Ende kommen.

**Hans Urban (GRÜNE):** Wir werden den Gesetzentwurf der SPD konstruktiv begleiten. Wir wünschen uns einen höheren Stellenwert des Waldes und keine sinnlosen Rodungen für Industriebauten oder Umgehungsstraßen. Jüngste negative Beispiele waren Rodungen in Passau mit 18 Hektar, in Starnberg mit 6 Hektar und in Meitingen mit 18 Hektar.

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege!

**Hans Urban (GRÜNE):** Selbst in Weiden sind 65 Hektar für ein Gewerbegebiet gerodet worden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, Sie kriegen gleich noch zusätzliche Redezeit, wenn Sie am Pult bleiben. – Es gibt eine Zwischenbemerkung des Kollegen Sandro Kirchner.

**Sandro Kirchner (CSU):** Lieber Kollege Urban, der letzte Punkt ist spannend; den hatte ich noch gar nicht auf der Agenda, als ich mich angemeldet habe. Für Sie gibt es gute Rodungen und schlechte Rodungen. Wenn die Rodung für die Verkehrsinfrastruktur, für die Sicherheit der Menschen stattfindet, ist es eine schlechte Rodung. Wenn sie für Windräder stattfindet, die im Wald aufgestellt werden, ist es für Sie eine gute Rodung. Das möchte ich mal festgestellt haben.

(Beifall bei der CSU und der AfD)

Ich darf aber an der Stelle auch festhalten, dass die Bayerischen Staatsforsten unendlich viele Dinge in ihren Waldbauprojekten und Programmen haben. All die Punkte, die Sie beschrieben haben, finden sich im Wald wieder. Das können Sie nachlesen; das ist auf den Homepages der verschiedenen Forstdirektionen aufgeführt.

Sie sprechen aber auch von den Wäldern außerhalb Bayerns, außerhalb Deutschlands. Dabei ist hier schon eine Frage aufgekommen, denn wir haben in diesem Haus schon öfter das Thema Nationalpark diskutiert. Ihre Partei fordert im Übrigen zusammen mit der SPD einen dritten, einen vierten, einen fünften Nationalpark. Wenn man die Dinge zu Ende denkt, kommt das Holz, das unser Land nach wie vor braucht, dann eben aus den Primärwäldern in Osteuropa, in Weißrussland, die unwiederbringlich gerodet werden, nur weil Sie hier vor Ort versuchen, eine falsche Politik umzusetzen. Wie stehen Sie dazu? Ist der Nationalpark aus Ihrer Sicht immer noch aktuell?

(Beifall bei der CSU und der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Hans Urban (GRÜNE):** Schutzgebiete sind nicht wichtig, um den Holzmarkt zu regulieren, sondern damit wir Prozesse beobachten und Urwaldreliktarten einen Raum bieten. Wir haben derzeit in Europa die Situation, dass wir das Holz bereits seit zehn Jahren am Boden haben. Das ist praktisch erledigt.

(Zuruf von der CSU: Sie reden Unsinn!)

Wir sollten uns darum kümmern, dass wir dieses Holz im Bau verwerten, und nicht darum kämpfen, irgendwelche Schutzgebiete infrage zu stellen.

(Sandro Kirchner (CSU): Bitte meine Frage beantworten!)

95 % der Debatte sollten sich um die Wirtschaftswälder drehen und nicht 100 %, wie Sie das gerne hätten, um die Schutzwälder. Wir wollen die Waldbauern, den Wirtschaftswald stärken und nicht Ihre Debatte um Schutzgebiete führen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Sandro Kirchner (CSU): Meine Frage wurde nicht beantwortet!)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Der nächste Redner ist Dr. Leopold Herz von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Um vielleicht gleich auf den letzten Redebeitrag zu antworten, lieber Kollege Hans Urban: Natürlich wollen wir die Wälder stärken. Natürlich wollen wir die privaten Wälder stärken. Ich glaube aber, wir haben ganz unterschiedliche Positionen, die es in dieser Debatte auch einmal zurechtzurücken gilt.

Wir haben eine Reihe von Widersprüchen in der Diskussion, die wir, fürchte ich, nicht auflösen werden. Ich glaube aber, wir müssen auch den Menschen draußen immer wieder deutlich sagen: Der bewirtschaftete Wald hat sich sehr gut bewährt. Ich halte es für einen Widerspruch an sich, dass wir hier in Deutschland Wälder stilllegen wollen und sollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die andere Seite ist, dass wir die Exporte enorm erhöhen müssen, wenn wir das tun. Ich erinnere mich noch gut – es sind eine Reihe anwesender Kollegen dabei gewesen –: Wir sind mit dem Landwirtschaftsausschuss in der letzten Wahlperiode in den USA gewesen und haben mehrere Bundesstaaten besucht. Dort haben wir gesehen, dass die Erträge aus dem Wald zu Holzpellets verarbeitet werden. Sie werden dann über beinahe 9.000 Kilometer nach Old Germany verschickt, und wir in Deutschland reden dann über ökologische Waldbewirtschaftung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube: So geht es nicht. Wenn, sollten wir die Holzpellets vor Ort produzieren und vor Ort einsetzen, aber nicht aus Übersee Material holen, das dann sicherlich nicht mehr ökologisch sinnvoll eingesetzt werden kann.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Das dazu. – Beim vorliegenden Gesetzentwurf ist mir etwas ein bisschen zu kurz gekommen. Ich widerspreche meiner Kollegin Martina Fehlner nur ungern, aber ich möchte die Kollegen von der SPD doch darauf hinweisen, was der entscheidende Punkt im Gesetzentwurf – ich glaube, das hat nahezu keiner deutlich angesprochen, aber ich glaube, dass wir das hier schon diskutieren sollten – ist. Wenn wir dem Waldbesitzer vor jeder Rodung die Auflage erteilen wollen, dass er hier Erstaufforstungen vorzunehmen hat, muss ich nicht sagen: Liebe Waldbesitzer, es ist fünf nach zwölf; dann muss ich sagen: Gute Nacht, ordnungsgemäße Waldbewirtschaftung.

Ich bin selbst ein kleiner Waldbesitzer. Ich stelle mir vor, dass ich in den Wald komme. Dort habe ich einige Brüche nach schneereichem Winter und vielleicht auf den ersten Blick – darüber ist keiner erfreut – Borkenkäfer gesichtet. Dann mache ich mich an die Arbeit und muss das Ganze zunächst noch genehmigen lassen, muss die Bäume umsägen dürfen. Und dann soll ich im Naturraum

(Horst Arnold (SPD): Rodungen!)

Erstaufforstungen vornehmen?

(Horst Arnold (SPD): Sie reden an der Sache vorbei, Herr Kollege!)

Das können Sie nicht nur dem staatlichen Waldbesitz, sondern auch 700.000 privaten Waldbesitzern in Bayern nicht zumuten. Das ist ein Schritt zurück. Das bedeutet mehr Bürokratie.

Im Übrigen, liebe Kolleginnen und Kollegen, wurde bereits angesprochen, dass wir in den letzten Jahren einen leichten Rückgang an Waldfläche haben. Legen Sie bitte mal eine Karte über Bayern und schauen sich die letzten hundert Jahre an: Der Waldbesitz hat stetig zugenommen und nicht abgenommen. Gerade in den Zeiten der Kriege ist es erklärbar, dass wir durch den Bedarf an Rohstoff enorme Abnahmen beim Wald gehabt haben. Aber gerade nach dem Zweiten Weltkrieg hat der Waldanteil in Bayern –

Gott sei Dank sind wir noch bei einem Drittel – enorm zugenommen. Daher ist es falsch, hier Panikmache zu betreiben.

Ich will aufgrund der Zeit zum Schluss kommen. Wir halten diesen Gesetzentwurf aus den genannten Gründen nicht für sinnvoll, halten ihn für rückwärtsgewandt und sind nach wie vor der Meinung, dass ein Wald mit Maß und Ziel, wie er sich in einer guten fachlichen Tradition bewährt hat, die beste und sinnvollste Waldbewirtschaftung darstellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank, Herr Kollege Herz. – Herr Kollege Arnold hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

**Horst Arnold (SPD):** Herr Dr. Herz, wir befinden uns in der Ersten Lesung, das heißt, das Gesetz wird in den Ausschüssen noch thematisiert. Einige Begriffsbestimmungen würden mich jetzt schon am Anfang interessieren. Gibt es bei Ihnen einen Unterschied zwischen Rodung und Ernte? Wenn der Wald gerodet wird, ist nichts mehr da, während die Ernte in diesem Zusammenhang eine ganz andere Bedeutung hat. Oder behandeln Sie beides gleich? Dann wären Ihre Ausführungen zu unserem Gesetzentwurf absolut deplatziert, weil Sie missverstanden hätten, was Rodung und was Ernte ist.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Herr Kollege Herz.

**Dr. Leopold Herz (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege, ich halte die Begriffe Rodung und Ernte in dem Fall für gleichbedeutend. Ich sehe keinen Sinn darin, wenn wir einen Baum roden und ihn dann liegen lassen. Vielmehr ist es sinnvoll, dass wir den Wald für energetische oder bauliche Zwecke nutzen. Insofern, glaube ich, ist damit die Frage beantwortet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank. – Es gibt keine weitere Zwischenbemerkung. Daher erteile ich als Nächstem dem Kollegen Winhart für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Andreas Winhart (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Fehlner, Sie haben in Ihrer Begründung das Jagdrecht angesprochen bzw. den Grundsatz "Wald vor Wild". Der steht übrigens schon im Waldgesetz; den brauchen wir nicht mehr hineinzuschreiben.

(Widerspruch bei der SPD)

Schauen wir uns ansonsten mal an, worüber wir heute sprechen. Bei einer Gesamtwaldfläche in Bayern von 2,6 Millionen Hektar – das sind übrigens rund 36 % der Fläche Bayerns – reden wir hier von 138 Hektar, also genau genommen von Peanuts. Für die, die es genau nehmen: Wir reden von 0,000053 % der Waldfläche Bayerns, die letztes Jahr verschwunden sind – nur, damit wir uns einmal klar vor Augen führen, über was wir hier sprechen und was die SPD zu einer Gesetzesänderung veranlasst.

(Heiterkeit bei der AfD)

In den Zeiten von Greta und Klimahysterie darf der Klimawandel in diesem Gesetzentwurf natürlich nicht fehlen. In dem Gesetzentwurf ist vom bedeutsamen CO<sub>2</sub>-Speicher die Rede. Ja, Pflanzen wandeln Kohlendioxid um und brauchen es sogar zum Leben. Ich möchte Ihnen jetzt nicht vorrechnen, werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wie viel CO<sub>2</sub> auf 138 Hektar Wald umgewandelt wird, und zwar vor allem nicht mit Blick auf die Tatsache, dass die Waldfläche in Bayern über Jahrzehnte hinweg gewachsen ist. Vielleicht liefern Sie uns in den anschließenden Beratungen im Ausschuss für die Zweite Lesung aber auch einen Prozentwert, welche Auswirkungen 138 Hektar bayerischer Wald auf den bayern- und weltweiten CO<sub>2</sub>-Gehalt haben. Noch einmal zur Klarstellung und damit man sich das einmal vorstellen kann:

138 Hektar sind ungefähr nicht einmal ganz die Hälfte des Englischen Gartens in München.

Werte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, ich möchte Sie auf einen weiteren Fehler in dem Gesetzentwurf hinweisen. Der Gesetzentwurf ist forstwirtschaftlich angestaubt und längst überholt, wie so vieles in Ihrer Partei. Wenn wir Ihren Vorschlag auf den Kern reduzieren, steht der Grundsatz: Jede Fläche, die durch Rodung verloren geht, muss wieder aufgepflanzt werden.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Das ist ein verständliches Ansinnen, und daher möchte ich Ihnen Folgendes auf den Weg geben.

Erstens. Wenn die Rodung für Baumaßnahmen vorgenommen wird, gibt es,

(Horst Arnold (SPD): Ah, da schau her!)

sofern es eine klassische Rodung in dem Sinn ist, wie sie das Gesetz vorsieht, Kollege Herz, durchaus bereits andere gesetzliche Regelungen, welche Ausgleichsmaßnahmen getroffen werden können.

Zweitens. Ein Blick ins Bayerische Waldgesetz in seiner derzeitigen Fassung in Artikel 15 verrät Ihnen Folgendes – ich zitiere –:

Kahlgeschlagene oder infolge Schadenseintritts unbestockte Waldflächen sind innerhalb von drei Jahren wieder aufzuforsten. Auf Waldflächen, auf denen die Verjüngung unvollständig bleibt, ist diese innerhalb von fünf Jahren nach der Räumung ausreichend zu ergänzen.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Dritter Hinweis. Wird ein Kahlschlag nur auf kleiner Fläche vorgenommen oder wird die Fläche nicht, wie bereits erwähnt, bebaut, so ist eine sogenannte Naturverjüngung,

sofern die Umgebung passt, mittlerweile durchaus eine weitverbreitete Praxis in Bayerns Wäldern. Sie müssen nicht zwangsweise Bäumchen pflanzen; die Natur macht das standortgetreu viel, viel besser als der Mensch mit Pflanzen aus der Baumschule. Das ist moderne Forstwirtschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD.

(Beifall bei der AfD – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Fassen wir diese drei Punkte zusammen, so erscheint Ihr Gesetzentwurf mehr oder weniger überflüssig und vom Stand der Forstwirtschaft aus gesehen mehr als veraltet und nicht mehr zeitgemäß.

Witzigerweise verweisen Sie in Ihrem Gesetzentwurf in der Begründung noch darauf, dass ein Inhaltsverzeichnis nicht mehr zeitgemäß sei. Sie schreiben wörtlich:

Amtliche Inhaltsübersichten sind inzwischen unüblich geworden.

Sind "überflüssige Inhaltsverzeichnisse" die Probleme, werte Kolleginnen und Kollegen, die wir in Bayern haben? Ich weiß es nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Ich bedanke mich für das Zuhören und freue mich auf den weiteren Austausch zu Ihrem Gesetzentwurf. Bis dahin: Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Für die FDP-Fraktion erteile ich dem Kollegen Christoph Skutella das Wort.

**Christoph Skutella (FDP):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Laut dem Gesetzentwurf der SPD soll im künftigen Waldgesetz zur Rodung stehen – ich zitiere –:

Die Erlaubnis zur Rodung ist zu versagen, wenn [...]

3. keine Ersatzpflanzung innerhalb des Naturraums in mindestens dem gleichen Umfang als Ausgleich geschaffen wird.

Wir Freie Demokraten denken gern ans große Ganze, aber der Teufel steckt wie so oft im Detail. Auch hier ist es so; und darauf möchte ich zuerst eingehen. Eine Frage ist – vielleicht wird es die Kollegin Ruth Müller im Anschluss noch erklären können –: Es wird die Ersatzbepflanzung im Naturraum gefordert. Nur, was ist dieser Naturraum? Wie wird der Naturraum definiert?

Wenn man sich die Karte zur naturräumlichen Gliederung Bayerns des Landesamtes für Umwelt ansieht, stellt man fest, es gibt Naturraum-Haupteinheiten, Naturraum-Einheiten und Naturraum-Untereinheiten. Soll die Ersatzbepflanzung nun in der Naturraum-Haupteinheit, in der Naturraum-Einheit oder in der Naturraum-Untereinheit gewährleistet werden? Von der räumlichen Abgrenzung her und damit von den Möglichkeiten her, wo der Ausgleich geschaffen werden kann, ist das ein großer Unterschied. Mir ist auch nicht ganz klar, wie das aus ökologischer Sicht zu bewerten ist. Wenn wir diesen Ausgleich bei der Rodung ins Waldgesetz schreiben wollen, sollten wir das genau definieren.

Wir wollen uns aber nicht im Detail verlieren; es geht ums große Ganze. Es geht darum, dass wir in Bayern den Waldumbau zu einem klimastabilen Wald schaffen, und das muss schneller gehen als bisher.

(Beifall bei der FDP)

Wer rodet, soll einen Ausgleich schaffen – so soll es nach dem Gesetzentwurf der SPD im Waldgesetz stehen. Das mag auf den ersten Blick sinnvoll sein, es ist aber keine Lösung.

Man kann das nicht so darstellen, als gäbe es nicht schon gesetzliche Regelungen. Wenn man sich die Rodungen und Erstaufforstungen in der Waldflächenbilanz ansieht, wurde – wir hörten es bereits – seit 1977 durchschnittlich mehr aufgeforstet als

gerodet. Zugegeben: Im Jahr 2018 haben wir durch die Rodung in Bayern 138 Hektar verloren. Das sind ungefähr 1,1 Millionen Bäume und so viele Bäume, wie sie Ministerpräsident Söder zusätzlich jedes Jahr pflanzen möchte.

Der Ministerpräsident hat letzte Woche von einem Jahrhundertvertrag mit der Landwirtschaft gesprochen. Ich meine, dass wir vor allem einen Jahrhundertvertrag mit der Forstwirtschaft brauchen, und zwar mit allen Beteiligten – mit den Staatsforsten, mit den privaten Waldbesitzern und mit der Holzwirtschaft.

(Beifall bei der FDP)

Noch gibt es in Bayern ungefähr 260.000 Hektar reine Fichten- und Kiefernbestände, die nicht klimastabil sind. Maßgabe ist, dass diese Bestände bis 2040 umgebaut werden. Die Fichte ist in Bayern nach wie vor die wichtigste Baumart. Sie ist aber auch die empfindlichste, was Trockenheit, Dürre, Stürme und den Borkenkäfer betrifft.

Wir haben in den letzten beiden Jahren besonders intensiv erleben müssen, wie schnell Wald vernichtet werden kann, und wir wissen, wie langsam er dann wieder wächst. Der Waldumbau geht nicht von heute auf morgen, sondern es dauert mindestens hundert Jahre, bis ein neuer Wald entsteht.

Für Waldexperten wie Olaf Schmidt, Präsident der Bayerischen Landesanstalt für Wald und Forstwirtschaft, ist der Wald der Zukunft ein Wald, der aus zwei, besser noch aus drei verschiedenen Baumarten zusammengesetzt sein kann: im Gebirge ein Bergmischwald aus Fichte, Weißtanne und Buche, in Gegenden wie dem Steigerwald ein Mischwald mit Kiefer, Buche, Eiche oder ein Laubmischwald mit Buche und Eiche wie zum Beispiel im Spessart.

Es reicht aber nicht, dass wir uns nur auf Bayern beschränken. Gerade beim Thema Wald und Klimaschutz dürfen wir nicht nur regional und lokal denken, sondern wir müssen national und global denken. Wir haben das in einem Antrag an die Staatsregierung im Juli gefordert – Aufforstung für Klimaschutz. Wir müssen dieses Potenzial

international nutzen und dort aufforsten, wo es sinnvoll ist, wenn es um den Wald als CO<sub>2</sub>-Speicher geht.

Doch zurück nach Bayern. Dem Grundsatz "Wald vor Wild" muss ernsthaft Rechnung getragen werden. Die Verbissbelastung ist in den Hegegemeinschaften immer noch viel zu hoch. Wir können auch pflanzen, so viel wir wollen, Kolleginnen und Kollegen, aber wenn die Naturverjüngung gefressen wird, ist das leider hinausgeschmissenes Geld.

(Beifall bei der FDP)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank. – Die nächste Rednerin ist die Kollegin Ruth Müller von der SPD-Fraktion.

**Ruth Müller (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Kollegin Martina Fehlner hat unseren Gesetzentwurf auf Drucksache 18/4057 initiiert, mit dem wir eine Änderung des Bayerischen Waldgesetzes fordern. Diese ist aus unserer Sicht dringend notwendig.

Uns geht es um zwei Dinge: Zum einen muss festgestellt werden, dass die Waldfläche in Bayern im Jahr 2018 – also im ersten Jahr der Regierungsverantwortung von Markus Söder – um 138 Hektar abgenommen hat. Während 252 Hektar Wald aufgeforstet wurden, wurden gleichzeitig 390 Hektar Wald gerodet, und zwar gerodet und nicht geerntet; das an den Kollegen Leo Herz, der vorher scheinbar die Begrifflichkeiten "Ernte" und "Rodung" durcheinandergebracht hat. Das ist eine absolute Minusbilanz für die bayerische Land- und Forstwirtschaftsministerin, die ich heute bei der Einbringung unseres Gesetzentwurfes vermisse.

Erst gestern hat die Ministerin Michaela Kaniber bei der Demo in München im Hinblick auf das Mercosur-Abkommen gesagt, ihr habe das Herz geblutet, als sie die Brände am Amazonas gesehen habe. Frau Ministerin, wenn Sie jetzt hier wären, würde ich Ihnen sagen: Sie müssen eigentlich gar nicht so weit schauen, denn in Ihrem eigenen

Verantwortungsbereich verschwinden auch tagtäglich Bäume – und Ihnen blutet das Herz scheinbar nicht –,

(Beifall bei der SPD)

und zwar durch Rodungen, durch die angekündigte Weiterentwicklung des Verbissgutachtens, das nichts weiter als eine Abkehr vom guten Grundsatz "Wald vor Wild" ist, und durch eine Nichtaufforstung.

Wir haben alle vernommen, dass der Bayerische Ministerpräsident in Äthiopien war und dort auch ein bayerisches Büro eröffnen möchte. Viel besser wäre es gewesen, wenn er sich in Äthiopien hätte zeigen lassen, wie man wirklich Bäume pflanzt. In diesem Land wurde der Weltrekord im Bäumepflanzen aufgestellt: 354 Millionen Bäume in zwölf Stunden. Die Bayern, die ansonsten immer super, super sind, wollen in den kommenden fünf Jahren lediglich 30 Millionen Bäume pflanzen. Das ist kein besonders kraftvoller Aufschlag für den sonst so viel gelobten bayerischen Weg; denn 25 Millionen Bäume wären es ohnehin gewesen. Herr Kollege Steiner, um auf Ihr Sprichwort zurückzukommen: Wir lassen uns von Ihnen mit dieser Rechnung nicht hinter die Fichte führen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen uns in der Verantwortung, jetzt zu handeln. Wir wollen nicht die Generation sein, die ein zweites Waldsterben erlebt. Ja, wir müssen in die Wälder rein, solange sie noch stehen. Wir müssen dafür sorgen, dass auch die nächste Generation noch in die Wälder gehen kann. Deshalb müssen wir das Bayerische Waldgesetz jetzt ändern und dafür sorgen, dass die CO<sub>2</sub>-Speicherkapazität unserer Wälder erhalten bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Insofern ist eine Rodung von Wäldern zugunsten von Baumaßnahmen ohne ökologisch sinnvolle ortsnahe Neuaufforstung zu verbieten, wenn nicht mindestens dieselbe Fläche neu gepflanzt wird.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Was ist mit Windrädern?)

Wir müssen darüber hinaus noch viele andere Themen angehen, zum Beispiel den Verbiss, die Förderung und die Möglichkeiten der Holznutzung, beispielsweise durch eine Förderung von klimafreundlichen Holzbauweisen für Gebäude. Deshalb haben wir heute diesen Gesetzentwurf zur Änderung des Waldgesetzes eingebracht. Wir hoffen, dass Sie auf dem Weg zu einem besseren Wald in Bayern mit uns gehen.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.